„Die Bestatteten wollen den Friedhof verlegen“.

Tagesspiegel vom 6.5.2000 | Nr. 17043 - Seite 034 - Campus | von Anja Kühne, Wiesbaden

Viele Unternehmer halten die deutschen Universitäten für nicht reformfähig – die Hochschulrektoren reagieren verschnupft auf die Kritik.

So viele gekränkte ältere Herren hat die Fachhochschule Wiesbaden sicher noch nie gesehen: Die abgesandten Professoren von 257 deutschen Hochschulen mussten zu Beginn des zweiten Tages ihrer Jahresversammlung Wirtschaftsvertretern lauschen. Die waren eigentlich zur Hochschulrektorenkonferenz eingeladen worden, um Impulse zu geben - stattdessen teilten sie lieber Schläge aus. „Von Geldmangel an den Hochschulen kann gar keine Rede sein“, meinte etwa der Jungunternehmer Peter Rasenberger zu den Rektoren und Präsidenten, „es geht einzig und allein darum, die Handbremse im Kopf zu lösen“. August-Wilhelm Scheer, zugleich Professor für Wirtschaftsinformatik und Chef von 1000 Mitarbeitern einer Softwarefirma, sieht das genauso. Deshalb plädierte er dafür, den Hochschulen nicht länger ihre eigene Reform zu überlassen: „Eine Reform von innen ist dasselbe, als würde man einen Friedhof verlegen wollen und erwarten, dass die Bestatteten selbst die Arbeit machen“, sagte er, den Kopf provokant lässig in die Hand gestützt.

Entsprechend brüskiert reagierten die Zuhörer: Der Präsident der Uni Hamburg, Jürgen Lüthje, beklagte sich über die „pauschale Hochschulbeschimpfung“ und konterte mit einer Attacke auf die Wirtschaft: Diese hinke hinter seiner Uni hinterher und nicht umgekehrt. So seien die Unternehmen kaum bereit, Stipendiaten im graduierten- und postgraduierten Bereich zu fördern, die etwas anderes als Informatik studierten. Der Präsident der Technischen Fachhochschule in Berlin, Gerhard Ackermann, applaudierte den Referenten zwar, verwahrte sich als Leiter einer praxisorientierten Fachhochschule aber dagegen, mit seinen Kollegen von den Unis in einen Topf geworfen zu werden. Und Helmut Knüppel von der Fachhochschule Potsdam wollte von den Diskutanten wissen, wie man als Professor gegen den „Autismus der Politik“ vorgehen könne. Wie wissenschaftlich darf ein Studium heute noch sein, wie kann es am besten auf den Beruf vorbereiten? Zum diesjährigen Thema der Konferenz, „Studium und Beruf“, kam der junge Existenzgründer Rasenberger immer wieder auf die USA zurück, wo er selbst ein Semester studierte. Während Nützlichkeit in Deutschland ein Schimpfwort sei, würden amerikanische Unis ihre „Halls of Fame“ mit wirtschaftlich erfolgreichen Absolventen schmücken. Ziel der Amerikaner sei es keineswegs, Arbeitnehmer für große Firmen auszubilden. Was zähle, sei allein die Zahl von Stellen, die ein Absolvent durch eine eigene Firmengründung schaffe. „In Deutschland schafft ein Absolvent im Durchschnitt nur fünf Stellen, ich habe bereits 145 Leute eingestellt“, sagte Rasenberger. Der Absolvent der Fernuniversität Hagen und der privaten European Business School in Oestrich-Winkel, der seine Rede mit zahlreichen Anglizismen schmückte und an jeden dritten Satz ein schneidiges „Okay?“ anhängte, sieht das Allheilmittel für die deutsche Bildungslandschaft in der Privatisierung der Hochschulen.

Die Vorstellung einer „Deutschen Uni AG“ an der Börse fand der Saarbrücker Professor Scheer jedoch „zum Totlachen“, wenn es nicht so traurig wäre. Die Unis hätten letztlich nichts, was Mehrwert bringe: „Das Hauptprodukt, mit dem wir Wissen vermitteln, ist die Vorlesung. Und die kommt aus einer Zeit, wo Bücher knapp waren, eine Vorlesung also von besonderem Wert war“, polemisierte er im Hinblick auf die Textmassen, die das Internet bereithält. Doch natürlich sei Bildung ein Big Business: „Unternehmertum ist ja nicht schlimm, sondern macht Spass“, rief der Softwareentwickler seinen Kollegen voller Überlegenheit zu und forderte sie auf, nicht länger darauf zu warten, alles vorgesetzt zu bekommen.

Wenigstens ein bisschen Erleichterung verschaffte den gebeutelten Professoren Lothar Späth, der als Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG in einer weiteren Diskussionsrunde zu Wort kam. „Es gibt keinen Mix aus Wirtschaft und Hochschulen“, sagte er unter Zustimmung aus dem Audimax. „Die Wissenschaft wird sich nie so schnell ändern können, wie die Wirtschaft neue Produkte entwickelt.“ Entsprechend könnten die Unternehmer auch nie langfristig voraussagen, welche Art von Absolventen sie in Zukunft bräuchten. Deshalb müssten die Studierenden eine breite Grundausbildung bekommen, auf der dann die Unternehmen eine spezielle Weiterbildung aufsatteln könnten. So plane Jenoptik eine eigene virtuelle Akademie, zu der Unis aller Welt Wissen beisteuern sollten. Sollen Absolventen alle spezielleren Fachkenntnisse also lieber in den Weiterbildungseinrichtungen der Unternehmen erwerben? Jörg Menno Harms von Hewlett Packard wollte davon nichts wissen: „Wir

Unternehmer zahlen genug Steuern. Werden sie flexibler, modularer, nutzen Sie die Chance der Weiterbildung“, forderte er die Präsidenten auf. Sonst würden deutsche Unternehmer das Produkt Bildung letztlich im Ausland kaufen. Harms hält die jetzigen Studienzeiten für zu lang und plädierte für den raschen Ausbau der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge. Dem widersprach ein Architekturstudent der Fachhochschule Wiesbaden, der von seinem Nebenjob in einem Architekturbüro berichtete: „Nach drei Jahren Studium hätte ich meinem Chef dort nie Tipps im Baurecht geben können.“

Der Vorsitzende der HRK, Klaus Landfried, bemühte sich schließlich darum, die Wogen zwischen Wirtschaftsvertretern und Uni-Angehörigen zu glätten: „Die Studierenden sollen im Studium nicht die Fähigkeit für einen Beruf bekommen, sondern für Berufe.“ Im Übrigen seien die meisten nach einem Studium sicher mit Tugenden wie Durchhaltevermögen und Frustrationstoleranz ausgestattet, die zu den von Unternehmern nachgefragten „Soft Skills“ gehörten.

Bei allem Selbstbewusstsein, das die Unternehmer im Aufwind der Green-Card-Debatte zur Schau stellten, konnten sie letztlich nur ein Schlaglicht auf die Realität für Hochschulabsolventen werfen. Im Vordergrund stand während der ganzen Debatte der Typus des karrierebewussten Ingenieurs, Informatikers und Unternehmensgründers. Dass die Masse weder Ingenieurswissenschaften noch Informatik studiert, sei unter den Tisch gefallen, wie der Soziologe Johann Schneider aus Frankfurt am Main zu bedenken gab: „Wir reden hier nicht über Lehrer, Ärzte, Juristen oder Sozialpädagogen. Dabei kommt der von uns beschriebene Mensch in 15 Jahren in das Alter, wo er sich einen Herzkatheter setzen lässt. Wir bilden auch eine Menge Sozialpädagogen und Psychiater aus, die sich um diese Leute kümmern werden.“ WER LIEST NOCH BÜCHER? Die deutsche Wirtschaft würde Studenten lieber für das Internet fitmachen, als sie an den Universitäten in Vorlesungen zu schicken.